

Motion FDP-Fraktion:**«Standesinitiative zur Präzisierung des Ausländergesetzes - Integration verlangt Anpassung**

Das Bundesgericht hat Ende Februar 2008 eine weitherum beachtete Entscheidung der St. Galler Behörden (Justiz- und Sicherheitsdepartement, Gesundheitsdepartement und Verwaltungsgericht) zur Ausweisung eines 48jährigen türkischen Staatsangehörigen umgestossen, weil Integration keine umfassende Anpassung an hiesige Gebräuche und Lebensweisen verlange.

Die Integrationskriterien für Niedergelassene (z. B. das Beherrschen einer Landessprache und die Beachtung der geltenden Rechtsordnung) sind damit von der Bundesgesetzgebung exakter zu umschreiben. Es darf nicht sein, dass integrationsunwillige oder nicht integrierte Personen das Niederlassungsrecht erhalten und/oder behalten.

Das mangelnde Integrationsverhalten muss sowohl für die Erteilung der ordentlichen Niederlassungsbewilligung nach 10 Jahren wie auch für die vorzeitige Erteilung der Niederlassungsbewilligung umfassend berücksichtigt werden können. Automatismen, die nach einer gewissen Zeitdauer einfach zur Erteilung der Bewilligung führen sind überholt. Mangelnde Integration muss zudem auch bei einer bereits erteilten Bewilligung als eigenständige Voraussetzung für einen Bewilligungsentzug berücksichtigt werden können. Die Kriterien einer konkreten Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder strafbarer Handlungen gehen zu wenig weit.

Gestützt auf Art. 160 Abs.1 BV und Art. 55 Ziff. 5 KV lädt der Kantonsrat die Bundesversammlung ein, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) in folgendem Sinn zu ändern:

- Die Erteilung der Niederlassungsbewilligung sei anhand klarer Kriterien einzuschränken, sodass nur noch Ausländerinnen und Ausländer, welche ein Mindestmass an Integration nachweisen können, in den Genuss einer Niederlassung gelangen.
- Ein schlechtes oder fehlendes Integrationsverhalten sei ausdrücklich als Widerrufsgrund für eine bereits erteilte Niederlassungsbewilligung festzulegen.

Die Regierung wird eingeladen, die Standesinitiative der Bundesversammlung einzureichen.»

14. April 2008

FDP-Fraktion